

## A11 Ungeteilte Internationale Solidarität – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 09.02.2026

Tagesordnungspunkt: 15. Inhaltliche Anträge

### Antragstext

#### 1 Präambel / Einleitung

2 Als GRÜNE JUGEND Berlin stehen wir für linke, international solidarische,  
3 queerfeministische und kapitalismuskritische Politik, die Unterdrückung in all  
4 ihren Formen bekämpft. Wir erkennen intersektionale Diskriminierung und  
5 Unterdrückung an und verstehen entsprechend unsere Solidarität als übergreifend.  
6 Phänomene wie Rassismus, Kolonialismus, Patriarchat und Kapitalismus  
7 unterstützen und verstärken sich gegenseitig und sind nicht getrennt voneinander  
8 zu betrachten. Als GRÜNE JUGEND Berlin verpflichten wir uns dazu, uns auf die  
9 Seite aller unterdrückten und leidtragenden Menschen zu stellen und unsere  
10 Solidarität nicht selektiv auszuüben.

11 Wir erkennen unsere bisherigen Versäumnisse im Umgang mit und der Thematisierung  
12 der andauernden Ungerechtigkeiten in Gaza und im Westjordanland an. Wir bieten  
13 Bildungsangebote und Aufarbeitung der bisherigen Politik zu Israel und Palästina  
14 an. In diesem Kontext stellt dieser Antrag eine neue Beschlusslage für  
15 ungeteilte Solidarität mit allen Leidtragenden im Israel-Palästina-Konflikt dar.  
16 Wir nutzen den Begriff Nahostkonflikt aufgrund seiner eurozentristischen Prägung  
17 bewusst nicht.

#### 18 Kontext

19 Der Konflikt zwischen Israel und Palästina und das Leid in Gaza sind das  
20 Ergebnis einer jahrzehntelang andauernden ungerechten Geschichte, die sowohl  
21 jüdische als auch palästinensische Menschen durch Gewalt, Vertreibung und  
22 massives körperliches sowie emotionales Leid tief geprägt hat. Während der  
23 Konflikt für viele Menschen in Politik und Gesellschaft in Deutschland erst seit  
24 dem 7. Oktober 2023 ein greifbares Phänomen geworden ist, erkennen wir die  
25 jahrzehntelange Geschichte und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten an. Eine  
26 Betrachtung des Konflikts ausschließlich ab dem 7. Oktober 2023 vernachlässigt  
27 die Realität der Auseinandersetzungen und stellt eine völlige Verfehlung der  
28 notwendigen Kontextualisierung der Ereignisse der letzten 2,5 Jahre dar.

29 Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Terrororganisation Hamas am 7.  
30 Oktober 2023 war ein abscheuliches Verbrechen, welches wir als GRÜNE JUGEND  
31 Berlin aufs Schärfste verurteilen. Am 7. Oktober 2023 wurden die meisten  
32 jüdischen Menschen seit dem Holocaust ermordet. Derartige Angriffe auf  
33 Zivilpersonen stehen in direktem Widerspruch zu Völker- und Menschenrechten und  
34 widersprechen allen Grundsätzen von Menschlichkeit. Der 7. Oktober 2023 stellt  
35 eine historische Zäsur dar. Wir erkennen das Leid aller Opfer und Betroffenen  
36 an. Ebenso verurteilen wir als GRÜNE JUGEND Berlin steigenden Antisemitismus und  
37 Übergriffe auf jüdische Menschen sowie jüdisches Leben, nicht nur hier in  
38 Berlin, sondern überall. Wir verpflichten uns dem Kampf gegen Antisemitismus und  
39 dem konsequenten Schutz jüdischen Lebens. Besonders in Deutschland tragen wir  
40 dafür eine besondere Verantwortung, nicht einmal 100 Jahre nach den  
41 schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten.

42 Jüdischen Menschen wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt, über  
43 systematische Diskriminierung und Pogrome hinweg bis hin zur Gipfelung im  
44 Holocaust und den Verbrechen des 20.Jahrhunderts. Jüdische Menschen haben das  
45 Recht auf ein sicheres Zuhause und auf einen Staat, in dem sie frei von Angst,  
46 selbstbestimmt und dauerhaft geschützt leben können. Dieses Zuhause haben  
47 Millionen jüdischer Menschen in Israel gefunden. Das erkennen wir an.

48 Zugleich erkennen wir an, dass mit der Staatsgründung Israels 1948 massive  
49 Verbrechen und Ungerechtigkeiten gegenüber der palästinensischen Bevölkerung  
50 einhergingen. Von der Nakba (arabisch für „Katastrophe“) 1947-49 waren rund  
51 700.000 arabischstämmige Palästinenser\*innen durch Flucht, Vertreibung und  
52 Entrichtung unmittelbar betroffen. Die Nakba bedeutete in weiterem Sinne auch  
53 die Zerstörung von Gesellschaft, Kultur und palästinensischer Identität. Die  
54 palästinensische Bevölkerung wurde auch bereits vor 1948 zum Opfer von  
55 Unterdrückung und geopolitischen Interessen westlicher Mächte, ausgedrückt  
56 beispielsweise in der Balfour-Deklaration von 1917, in welcher die britische  
57 Regierung der zionistischen Bewegung eine „nationale Heimstätte“ für das  
58 jüdische Volk in Palästina zusicherte.

59 Wir stehen fest an der Seite jüdischer Menschen im Kampf gegen Antisemitismus.  
60 Wir erkennen ihr Recht auf einen sicheren Staat sowie das völkerrechtlich  
61 festgeschriebene Recht eines Staates auf Selbstverteidigung an. Dieses Recht  
62 gilt jedoch nicht als Freibrief für das Vorgehen der in Teilen rechtsextremen  
63 israelischen Regierung im Gazastreifen seit 2023, das weit über Selbstschutz  
64 hinausgeht, außer jedem Verhältnis steht und in klar erkennbaren genozidalen  
65 Taktiken massives Leid über die Bevölkerung in Gaza bringt.

66 Wir stellen uns ausdrücklich gegen die Gleichsetzung von Antisemitismus mit  
67 Kritik an der israelischen Regierung. Während Antisemitismus durchaus einer der  
68 Gründe für solche Kritik sein kann, ist es eine falsche Schlussfolgerung, diese  
69 Phänomene kategorisch als gleich zu betrachten. Eine solche Pauschalisierung  
70 eines komplexen und kontrastreichen Diskurses verzerrt die Realität.  
71 Palästinenser\*innen sowie palästinensolidarische Menschen werden zu oft  
72 kategorisch unter Generalverdacht gestellt. Ihnen wird somit die Legitimation  
73 ihrer Argumente auf unsachliche Weise entzogen.

#### 74 Der Genozid in Gaza

75 In Gaza sind seit 2023 mindestens 70.000 Menschen (laut einer Studie des Max-  
76 Planck-Instituts wahrscheinlich sogar über 100.000 Menschen) ermordet worden.  
77 Diese Zahl ist Ende Januar 2026 auch offiziell von Israel bestätigt worden.  
78 Millionen Menschen sind wiederholt vertrieben worden, hunderttausende verletzt.  
79 Die Bevölkerung war Opfer gezielter Hungerkampagnen durch die systematische  
80 Blockade von Hilfslieferungen, das Gesundheitssystem ist in weiten Teilen  
81 kollabiert. Die Blockade von Hilfslieferungen, wahllose und willkürliche  
82 Bombardierungen nicht-militärischer Ziele, die Ausnutzung von Hunger als Waffe  
83 sowie die militärische Kollektivbestrafung der über 2 Millionen Einwohner\*innen  
84 Gazas sind eklatante Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.

85 Unterschiedliche Berichte von UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen wie  
86 Amnesty International, Human Rights Watch und B'Tselem weisen auf genozidale  
87 Merkmale der Kriegsführung und systematische Kriegsverbrechen hin. B'Tselem, die  
88 größte Menschenrechtsorganisation Israels, hat im Juli 2025 einen Bericht unter  
89 dem Titel „Our Genocide“ veröffentlicht. Der Bericht spricht von einem

90 Politikwechsel der israelischen Regierung gegenüber Palästinenser\*innen nach dem  
91 7. Oktober, von Massentötungen und der Erzeugung lebensunwürdiger Umstände im  
92 Gazastreifen, ernsthaftem körperlichem und seelischem Schaden einer ganzen  
93 Bevölkerung, systematischer Zerstörung von essenzieller Infrastruktur,  
94 Zwangsvertreibungen sowie ethnischer Säuberung. Weiterhin wirft der Bericht der  
95 israelischen Regierung Massenverhaftungen, Missbrauch von palästinensischen  
96 Häftlingen in israelischen Gefängnissen, Zerstörung von palästinensischer  
97 Gesellschaft, Kultur und Bildung sowie einen Angriff auf die palästinensische  
98 Identität durch die absichtliche Zerstörung von Flüchtlingslagern und  
99 Untergrabung der Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für  
100 palästinensische Flüchtlinge UNRWA vor.

101 Die Betrachtung des israelischen Vorgehens im Gazastreifen sowie rassistischer  
102 und genozidaler Aussagen israelischer Regierungsmitglieder führen für B'Tselem,  
103 wie auch für andere Menschenrechtsorganisationen, zum Schluss, dass Israel im  
104 Gazastreifen einen Genozid begeht. Das Vorgehen der israelischen Armee im  
105 Gazastreifen erfüllt auch nach Einschätzung der UN-Sonderberichterstatterin  
106 Francesca Albanese zentrale Kriterien der Genozid-Konvention: systematische  
107 Tötung, Massenvertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur,  
108 bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Blockade humanitärer  
109 Hilfe. Diese Schlussfolgerung erkennen wir als GRÜNE JUGEND Berlin an. Auch  
110 Genozidforscher\*innen, z.B. vertreten durch die International Association of  
111 Genocide Scholars, teilen diese Einschätzung und fordern die internationale  
112 Gemeinschaft dazu auf, ihren damit verbundenen völkerrechtlichen Pflichten  
113 nachzukommen. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der Haftbefehle des  
114 Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten  
115 Benjamin Netanyahu und den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav  
116 Gallant.

117 Den seit 2023 andauernden Genozid in Gaza erkennen wir als historische  
118 Kontinuität einer andauernden Geschichte von Unterdrückung, Vertreibung,  
119 Besetzung und Gewalt gegenüber palästinensischen Menschen durch israelische  
120 Regierungen und extremistische Siedler\*innen an.

121 Eine Fremdherrschaft über Gaza lehnen wir als GRÜNE JUGEND Berlin konsequent ab.  
122 Nur Palästinenser\*innen sollten über die Zukunft Gazas entscheiden. Als GRÜNE  
123 JUGEND Berlin stehen wir zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen. Den  
124 sogenannten „Trump Plan“, wie auch das „Board of Peace“, lehnen wir entschieden  
125 ab. Statt gerechten Frieden zu schaffen, legitimiert dieser Plan die  
126 fortschreitende Kolonialisierung palästinensischen Landes, verfestigt bestehende  
127 Machtasymmetrien und untergräbt Bemühungen für wirklichen und gerechten Frieden.

128 Die Situation im Westjordanland

129 Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland leidet seit Jahrzehnten unter  
130 Besetzung, Enteignung, Vertreibung und systematischer Diskriminierung durch die  
131 israelische Regierung und extremistische Siedler\*innen. Seit dem Sechstagekrieg  
132 1967 ist das Westjordanland völkerrechtswidrig von Israel besetzt. Die  
133 gewaltsame Ausweitung der israelischen Siedlungen hat wiederholt gegen  
134 internationale Abkommen verstößen und stellt einen eklatanten Bruch des  
135 Völkerrechts dar (die vierte Genfer Konvention verbietet unter anderem das  
136 Umsiedeln der eigenen Bevölkerung in besetzte Gebiete). Ganze palästinensische  
137 Gemeinden im Westjordanland sind zerstört worden, tausende Menschen wurden

138 vertrieben und in Flüchtlingslager in Städten wie Hebron oder Ramallah  
139 gepfercht. Über 1.000 Menschen sind allein seit dem 7. Oktober 2023 im  
140 Westjordanland getötet worden, über 10.000 Menschen verletzt. Palästinensische  
141 Menschen werden wiederholt Opfer von gewaltsamen Übergriffen sowohl durch das  
142 israelische Militär als auch durch Siedler\*innen.

143 Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit von Palästinenser\*innen im Westjordanland  
144 sind durch hohe israelische Militärpräsenz, Checkpoints und israelische  
145 Siedlungen stark beschränkt. Die palästinensische Bevölkerung ist dem Militär- &  
146 Besetzungsrecht der israelischen Regierung ausgesetzt und wird in ihren  
147 fundamentalsten Freiheiten massiv eingeschränkt. Verbunden mit der  
148 Staatenlosigkeit vieler palästinensischer Menschen sind eklatante Beschränkungen  
149 fundamentaler Grundrechte, die israelische Staatsbürger\*innen genießen,  
150 beispielsweise Auslandsreisen, Migration, Familiennachzug, nationales Wahlrecht,  
151 politische Teilhabe, aber auch simple Bewegungsfreiheit innerhalb des  
152 Westjordanlands. Palästinenser\*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft  
153 genießen auf dem Papier zwar die gleichen Rechte wie jüdische Israelis, sind  
154 aber trotzdem systematischer Diskriminierung und struktureller Benachteiligung  
155 ausgesetzt.

156 In ihrem Bericht „A Threshold Crossed“ stellte die Menschenrechtsorganisation  
157 Human Rights Watch bereits 2021 fest, dass Israels Behörden sich der Apartheid  
158 und der Verfolgung aufgrund von rassistischen, politischen und religiösen  
159 Motiven schuldig machen (beides davon klassifiziert als Verbrechen gegen die  
160 Menschlichkeit). Human Rights Watch spricht von einer übergreifenden  
161 israelischen Regierungspolitik, die seit mehr als einem halben Jahrhundert  
162 methodisch eine der beiden Bevölkerungsgruppen, die auf dem Land zwischen dem  
163 Mittelmeer und dem Jordan leben, privilegiert. Gleichzeitig weisen die  
164 israelischen Behörden laut dem Bericht der anderen Gruppe, den  
165 Palästinenser\*innen, minderwertige Rechte zu und diskriminieren sie  
166 systematisch. Am stärksten betroffen sind davon die Menschen in den besetzten  
167 Gebieten. Human Rights Watch kommt zu dem Schluss, dass die israelische  
168 Regierung eine Politik verfolgt, „die darauf abzielt, das, was sie offen als  
169 demografische Bedrohung durch Palästinenser bezeichnen, abzuschwächen und das  
170 verfügbare Land für jüdische Gemeinden zu maximieren, während die meisten  
171 Palästinenser in dichte Enklaven konzentriert werden“. Human Rights Watch  
172 verweist auch auf eklatante Völkerrechtsbrüche durch die Abriegelung des  
173 Gazastreifens und das „diskriminierende System von Zugangserlaubnissen“ im  
174 Westjordanland sowie die Beschlagnahmung palästinensischen Landes im  
175 Westjordanland. Auch Amnesty International kommt in einem ausführlichen Bericht  
176 zum Schluss, dass durch die israelische Regierung begangene Rechtsverletzungen  
177 den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

178 Für die andauernde Gewalt, Entrechtung, Vertreibung, Enteignung und Annexion im  
179 Westjordanland braucht es konkrete Konsequenzen. Dazu gehören strafrechtliche  
180 Verfolgung der politisch und militärisch Verantwortlichen sowie Sanktionen gegen  
181 am völkerrechtswidrigen Siedlungsbau beteiligte Institutionen, Unternehmen,  
182 Organisationen und natürliche Personen. Sämtliche illegale Siedlungen im  
183 Westjordanland einschließlich Ostjerusalem müssen rückgebaut, annektiertes  
184 Gebiet zurückgegeben und Reparationen an die vertriebenen und entrechten  
185 Palästinenser\*innen gezahlt werden.

186 Völkerrechtsverstöße gegen palästinensische Gefangene in israelischen  
187 Gefängnissen

188 Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist  
189 erschütternd. Ein großer Teil palästinensischer Häftlinge wird seit Jahrzehnten  
190 in Gefängnissen innerhalb Israels festgehalten. Nach herrschender  
191 völkerrechtlicher Auffassung stellt dies einen Verstoß gegen Art. 76 der IV.  
192 Genfer Konvention dar, nach welchem geschützte Personen in besetztem Gebiet  
193 gefangen gehalten werden müssen und dort ihre Strafe verbüßen sollen. Berichten  
194 von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder B'Tselem zufolge  
195 wurden tausende Palästinenser\*innen seit dem 7. Oktober 2023 festgenommen. Im  
196 Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser\*innen in Haft in israelischen  
197 Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in „Administrativhaft“  
198 genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung.

199 Amnesty International berichtet von körperlichen Misshandlungen in den  
200 Gefängnissen, massiven Einschränkungen von familiärem und rechtlichem Besuch,  
201 stark begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von  
202 Krankenstationen. Im Bericht „Welcome to Hell“ beschreibt B'Tselem basierend auf  
203 Berichten von palästinensischen Häftlingen psychologische und physische  
204 Misshandlung, Gewalt, bewaffnete Übergriffe auf Gefangene, Verwehrung von  
205 notwendiger medizinischer Versorgung, Aushungerung, sexuelle Übergriffe und  
206 Vergewaltigungen. Laut B'Tselem zeichnen die Berichte ein klares Bild von  
207 systematischem und institutionalisiertem Missbrauch und Folter palästinensischer  
208 Gefangener. Auch ein Bericht der unabhängigen Kommission für Menschenrechte ICHR  
209 beschreibt sexuelle Übergriffe, Folter und unmenschliche Behandlungen  
210 palästinensischer Häftlinge. Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir diese  
211 massiven Rechtsverletzungen aufs Schärfste und fordern Aufklärung sowie  
212 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen und internationale  
213 Sanktionierung.

214 Deutsche Verantwortung

215 Deutschland trägt am Genozid in Gaza und der Vertreibung und Entrechtung der  
216 Palästinenser\*innen im Westjordanland aktive Mitschuld. Wir als Grüne Jugend  
217 Berlin stellen uns explizit gegen Waffenexporte nach Israel. Wir verurteilen  
218 diese zutiefst. Zudem bestürzt uns, dass nach der Ankündigung von Merz im  
219 September, keine Einzelausfuhr genehmigungen nach Israel mehr zu erteilen,  
220 bereits beschlossene weitergeliefert wurden, und auch die Genehmigungen zwei  
221 Monate später wieder erteilt wurden.

222 Als Südafrika mit dem Vorwurf des Genozids gegen Israel vor dem Internationalen  
223 Gerichtshof klagte, stellte sich Deutschland gegen die Klage und vor Israel. Wir  
224 befürworten ausdrücklich eine Klage vor dem IGH und sprechen uns für eine  
225 schnelle und unabhängige Untersuchung aus. Deutschland muss aufhören, Staaten,  
226 die aufgrund von legitimen Genozidvorwürfen angeklagt werden, diplomatische  
227 Rückendeckung zu geben.

228 Kriminalisierung von Palästinasolidarität, internationale Solidarität

229 In Deutschland, ganz besonders in Berlin, haben wir eine beunruhigende  
230 Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen erlebt.  
231 Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige Kontrollen und körperliche Übergriffe  
232 sowie Polizeigewalt gegenüber Demonstrierenden und Aktivist\*innen tragen zu

233 einer gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinensolidarischer Stimmen  
234 bei. Diese Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen. Das  
235 politische Schweigen und die pauschalisierende Verschmähung  
236 palästinensolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende Machtasymmetrien.

237 Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir Antisemitismus und die Verherrlichung  
238 von radikal fundamentalistischem Islamismus. Wir solidarisieren uns nicht  
239 pauschal mit allen Akteur\*innen. Antisemitische Positionen sind in Teilen des  
240 pro-palästinensischen Spektrums verbreitet, weil Kritik an der israelischen  
241 Regierung und der Besatzung zu häufig in eine kollektive Zuschreibung an „die  
242 Juden“ und damit in verschwörungsideologische Bilder und israelbezogenen  
243 Antisemitismus kippt; genau diese Entgrenzung ist für uns eine rote Linie.

244 Wir lehnen aber auch die Pauschalisierung, Vorverurteilung und Repression von  
245 Palästinensolidarität in Deutschland sowie international strikt ab. Die klare  
246 Unterscheidung von Antisemitismus und Kritik an der israelischen Regierung ist  
247 politisch und für die Schaffung eines gerechten Diskurses absolut essenziell.

248 Die Solidarität der GRÜNEN JUGEND Berlin gilt allen Menschen, die unter  
249 Unterdrückung leiden und gegen ungerechte Systeme kämpfen. Dazu gehören auch die  
250 Menschen im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in der Ukraine und in  
251 Rojava, die seit Jahren und Jahrzehnten bewaffneten Konflikten, genozidaler  
252 Kriegsführung, Vertreibung, ethnischer Säuberung und Repressionen ausgesetzt  
253 sind.

#### 254 Verantwortung der grünen Partei

255 Palästinensolidarische Stimmen sind innerhalb der grünen Partei zu lange klein  
256 gehalten und ausgegrenzt worden. Die häufig einseitigen und pauschalisierenden  
257 Diskussionen und Statements von Mitgliedern und Mandatsträger\*innen der grünen  
258 Partei sahen und sehen wir kritisch. Wir erkennen die dadurch entstandene  
259 psychische Belastung für Parteimitglieder sowie für persönlich Betroffene an. Es  
260 fehlt noch immer an Aufarbeitung, an Bildungsarbeit, an offenen Debattenräumen,  
261 an Reflexion und an Kritikfähigkeit.

262 Mit ihrem Selbstverständnis als Menschenrechtspartei begibt sich die grüne  
263 Partei in eine eindeutige Verantwortung gegenüber internationalem Recht. In der  
264 zu häufig und zu lange uneingeschränkten Solidarität gegenüber Israel ist sie  
265 ihren eigenen Ansprüchen dahingehend nicht gerecht geworden. Wir vergessen  
266 nicht, wessen Jugendpartei wir sind. Aber wir vergessen auch nicht, welche  
267 Partei in Regierungsverantwortung allein 2023 und 2024 Waffenexporte an Israel  
268 im Wert von über 400 Millionen Euro mit genehmigt hat, trotz den dokumentierten  
269 Verbrechen im Gazastreifen und trotz der Genozidvorwürfe gegen Israel. Dies  
270 steht klar im Gegensatz zum Selbstverständnis als Menschenrechtspartei.

271 Solidarität darf niemals selektiv ausgeübt werden. Wir fordern die grüne Partei  
272 dazu auf, sich konsequent an der Seite unterdrückter Menschen zu positionieren,  
273 sich zum Völkerrecht zu bekennen und diesem Bekenntnis politische Taten folgen  
274 zu lassen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der teils  
275 bedingungslosen Unterstützung für Israel und eine Aufarbeitung des häufig  
276 einseitigen, pauschalisierenden und diskriminierenden Umgangs mit  
277 Palästinensolidarität innerhalb der eigenen Partei. Wir fordern die Grünen dazu  
278 auf, anzuerkennen, dass Israels Vorgehen im Gazastreifen laut verschiedenen  
279 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien zentrale Tatbestände der Genozid-

280 Konvention erfüllt. Verbunden damit ist eine politische Verantwortung dafür,  
281 Waffenexporte nach Israel einzustellen und sich für Sanktionierung und  
282 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen einzusetzen.

283 Lebensrealität von Berliner\*innen

284 In Berlin leben große palästinensische, arabische und jüdische Communities, hier  
285 trauern Menschen um Angehörige, erleben Rassismus, Polizeigewalt und  
286 Diffamierung und antisemitische Bedrohung & Gewalt. Eine klare  
287 Solidaritätsposition in Berlin bedeutet deshalb, die Perspektiven der  
288 Betroffenen im eigenen Kiez ernst zu nehmen, an der Seite derjenigen zu stehen,  
289 die für ein Ende der Gewalt, für gleiche Rechte und für ein Leben in Sicherheit  
290 eintreten, und ihnen Schutz vor staatlicher und gesellschaftlicher Repression  
291 zuzusichern. Sie ist zugleich eine Absage an jede Form von Antisemitismus,  
292 antimuslimischem Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,  
293 und verbindet Antikriegs-, Antirassismus- und Sozialpolitik: Wer hier für  
294 bezahlbaren Wohnraum, gegen Armut und für demokratische Freiheitsrechte kämpft,  
295 kann nicht schweigen, wenn dieselben Menschen wegen ihrer Solidarität mit  
296 Palästina überwacht, kriminalisiert und aus dem öffentlichen Raum gedrängt  
297 werden oder Jüdinnen\*Juden sich wegen der konstanten Bedrohung im öffentlichen  
298 Raum nicht mehr sicher fühlen.

299 Forderungen

300 Wir wollen die Unsicherheit, Lähmung und Angst bezogen auf Israel und Palästina  
301 in unserem Verband beenden und uns deutlich an der Seite des Völkerrechts und  
302 aller unterdrückten Menschen positionieren. Wir erkennen die eklatanten  
303 Versäumnisse unseres Verbandes und der grünen Partei in Bezug auf Palästina in  
304 den letzten zwei Jahren hiermit an.

305 Die GRÜNE JUGEND Berlin erkennt an:

- 306 • Das israelische Vorgehen im Gazastreifen ist nach Einordnung verschiedener  
307 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien ein Genozid.
- 308 • Die gewaltsame Besetzungs- und Blockadepolitik der israelischen Regierung,  
309 inklusive des Siedlungsbaus im Westjordanland, ist Ausdruck  
310 siedlerkolonialer und rassistischer Gewalt und stellt von  
311 unterschiedlichen Gremien und Menschenrechtsorganisationen eingeordnete  
312 eklatante Menschen- und Völkerrechtsverletzungen dar.
- 313 • Kritik an Völkerrechtsbrüchen, Besatzung, Blockaden, dem Genozid, der  
314 Siedlungspolitik und an der israelischen Regierung ist nicht  
315 antisemitisch.
- 316 • Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und alle anderen Formen von  
317 Diskriminierung und struktureller Gewalt bekämpfen wir entschieden.

318 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert:

- 319 • Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die deutsche  
320 Bundesregierung.
- 321 • Den Rückbau der illegalen Siedlungen im Westjordanland sowie  
322 Reparationszahlungen an die vertriebenen Palästinenser\*innen.
- 323 • Strafrechtliche Verfolgung sowie politische und wirtschaftliche  
324 Sanktionierung durch die Bundesregierung und die EU von für Völker- und  
325 Menschenrechtsverstöße verantwortlichen Institutionen, Organisationen,  
326 Unternehmen und natürlichen Personen.
- 327 • Sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und Ende aller militärischen  
328 Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen im Gazastreifen sowie  
329 im Westjordanland.
- 330 • Einen gerechten Friedensprozess, der das Recht auf palästinensische  
331 Selbstbestimmung vollumfänglich umsetzt. Außerdem die vollständige  
332 Umsetzung dieses Rechts auch außerhalb dieses Prozesses.
- 333 • Den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und militärischer  
334 Unterstützung für Israel durch Deutschland und die EU.
- 335 • Uneingeschränkten, sicheren und dauerhaften Zugang humanitärer Hilfe nach  
336 Gaza sowie die Aufhebung der Blockade, insbesondere von Nahrungsmitteln,  
337 Medikamenten und Brennstoff.
- 338 • Konsequente Umsetzung der Haftbefehle des Internationalen  
339 Strafgerichtshofs und die Einhaltung der Genozid-Konvention und  
340 völkerrechtlicher Pflichten durch die internationale Gemeinschaft.
- 341 • Stärkung und Schutz zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen und  
342 Menschenrechtsorganisationen auf beiden Seiten, die für Frieden,  
343 Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten.
- 344 • Unterstützung der zivilgesellschaftlichen und politischen Opposition in  
345 Israel durch die Bundesregierung.
- 346 • Einführung eines Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen  
347 aus Gaza in Berlin und Deutschland, insbesondere Kinder, Verletzte und  
348 Traumatisierte.
- 349 • Die regelmäßige Schaffung offener Debattenräume innerhalb unseres  
350 Verbandes.
- 351 • Ungeteilte, internationale, antikoloniale, queerfeministische und  
352 kapitalismuskritische Solidarität von linken und progressiven  
353 gesellschaftlichen und politischen Kräften mit allen Unterdrückten.

## Begründung

Erfolgt mündlich